CDU

Haushaltsplanberatungen 2012

CDU – Fraktion Holzwickede

Beratungen des Haushaltsplanes 2012
Ergebnisse der CDU-Fraktion

Haushaltslage

Der am 18.10.2011 eingebrachte Entwurf der Haushaltssatzung der Gemeinde Holzwickede schließt im Ergebnisplan mit 32,139 Mio. € Erträge und 35,856 Mio. € Aufwendungen. Somit schließt der Haushalt mit einem Defizit in Höhe von 3,717 Mio. €. Die Verbesserung der Kreisumlage noch für 2011 um 169.142 € trägt dazu nur mäßig bei. Mit Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes soll dieser Fehlbetrag verringert werden. Die Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes ergab sich bereits mit Aufstellung des Haushaltsplanes 2010. Als Zieljahr wird der Haushaltsausgleich im Jahr 2014 erreicht. Das jetzt vorgelegte Haushaltssicherungskonzept ist eine Fortschreibung des bisherigen Konzeptes mit Korrekturen und Ergänzungen. Darüber hinaus hat die Politik Zielkorrekturen vorgenommen, die zur Nichterreichung der Haushaltssicherung in 2011 führte. Die im Haushaltssicherungskonzept 2011 gesicherten Maßnahmen wurden in den Haushalt 2012 ff. eingebaut und erscheinen im Haushaltssicherungskonzept 2012 ff. nicht mehr.

Forderung der CDU-Fraktion nach Finanzbericht

Es war von der CDU-Fraktion unter dem 23.11.2010 gefordert worden, dass zur Begleitung der Haushaltssicherung dem Rat vierteljährlich ein Finanzbericht vorzulegen war. Dies ist trotz monatlicher Anmahnung unterblieben, weshalb ein Eingreifen des Rates unmöglich war. Erst im Oktober wurde der Finanzbericht mit der Beratungsunterlage 11-088 für die Zeit vom 01.01. bis 30.09.2011 nachgereicht. Im September wurde über die ausbleibenden Erfolge bei den Verwaltungseinsparungen berichtet. Dies bedeutet, dass die komplette Verantwortung in diesem Bereich für das Ausbleiben der Sparziele bei der Verwaltung liegt. Für die Zukunft wird die stringente Einhaltung der Konsolidierungsmaßnahmen eingefordert. Zur Begleitung ist dem Rat **vierteljährlich** ein Finanzbericht vorzulegen. Soweit und solange dies nicht erfolgt, setzt der Rat die Freigabe aller Haushaltsmittel aus.

Situation

Der zur Beratung vorliegende Haushaltsplan ist mit mehreren, aber äußerst wichtigen Unwägbarkeiten ausgestattet. Die Kreisumlagen betragen rd. 40% unseres Haushaltes. Deshalb sind die Aufwendungen von besonderer Bedeutung. So fehlen die exakten Quoten der allgemeinen und differenzierten Kreisumlage, außerdem die genauen Schlüsselzuweisungen für 2012. Nachdem die Daten des GFG bekannt gegeben wurden, erhält die Gemeinde mit 1.574.190 € 245.000 € mehr als im Haushaltsplanentwurf kalkuliert sind. Die Schlüsselzuweisungen für den Kreis sind enorm gestiegen. Es wird erwartet, dass diese Verbesserungen an die Kommunen weitergereicht werden. Damit könnte eine Erhöhung der Kreisumlage vermieden, sogar bei 1:1 Durchleitung eine Senkung der allgemeinen Kreisumlage um 3 Prozentpunkte erfolgen. Diese Forderung stellt die CDU-Fraktion an den Kreishaushalt.

Bei der Höhe der differenzierten Kreisumlage (Jugendhilfe) scheint eine Verringerung nicht in Sicht. Bemühungen um Einsparungen in 2011 führten nicht zum Erfolg, da das Aufgabenfeld erweitert wurde.

Mit dem Haushalt 2012 befindet sich die Gemeinde Holzwickede in der Haushaltssicherung. Es fehlen noch die endgültige Eröffnungsbilanz sowie weitere Eckdaten für den Haushalt 2012. In 2011 ist es nicht gelungen, die Vorgaben des Haushaltssicherungskonzeptes für dieses Jahr einzuhalten, und zwar aufgrund politischer Willensbildung sowie wegen nicht Erreichens der gesetzten Ziele. Obgleich der Haushalt 2011 positiver abschließen wird als geplant, und zwar wegen gestiegener Gewerbesteuereinnahmen und höherer Zuweisungen, führt dies nicht dazu, dass der Haushalt 2012 ausgeglichen sein wird. Um dem Nothaushalt zu entgehen, muss das Haushaltssicherungskonzept weiterhin Bestand haben und wegen v. g. Verfehlungen überarbeitet und ergänzt werden.

Der vorliegende Haushaltsplanentwurf mit Haushaltssicherungskonzept ist genehmigungsfähig und könnte daher beschlossen werden. Es handelt sich hierbei um die fiskalische Zusammenstellung von Daten durch die Verwaltung, die der bisherigen Beschlusslage entspricht. Unberücksichtigt bleibt dabei die politische Willensbildung entsprechend der aktuellen Situation. Dass durch Grundstücksverkäufe und Umwandlungen in Bauland Einnahmen nennenswerter Größenordnung erreicht werden können, ist unbestritten, sie dürfen jedoch nicht den vitalen Zielen unserer Gemeinde widersprechen.

Haushaltssicherung

Bei dem Haushaltssicherungskonzept sind wir wie für 2011 davon ausgegangen, dass Einnahmeerhöhung durch Steuer- und Gebührenanhebung nur in geringstem Maße erfolgt und die Erhöhung wieder zurückgefahren wird, sobald der Haushaltsausgleich wieder hergestellt ist. Die Grundsteuer B ist von 404 v. H. auf 415 v. H. (2010-2012) und von 415 v. H. auf 430 v. H. (2013-2014) angepasst. Diese Anhebung trägt die CDU-Fraktion als unumgängliche Konsolidierungsmaßnahme mit, unter der Maßgabe, dass diese Anpassung nach Haushaltsausgleich ab 2015 wieder auf 404 v. H. gesenkt wird. Der Bürger zeichnet nicht verantwortlich für die Finanzkrise und hat deshalb auch nicht ihre Lasten zu tragen. Diese Senkung wird hiermit beantragt.

Eine zusätzliche Hebesatzerhöhung der Gewerbesteuer von 445 v. H. um 10 bzw. 25 Punkte lehnt die CDU-Fraktion ab.

Bei den Haushaltssicherungsmaßnahmen hat die CDU-Fraktion ein Ranking nach den für Sie unabdingbaren Prioritäten vorgenommen.

1. **Außerordentlich wichtig sind Maßnahmen für die Familie, Jugend und Schüler.**

   Kürzungen werden nicht vorgenommen bzw. sind sachlich begründet und führen nicht zur Verringerung von Leistungsstandards.

2. **Bürgerschaftliches und Vereinsengagement sind Säulen unseres kulturellen Gemeindelebens und bleiben unangetastet.**

   Keine Kürzung der freiwilligen Leistungen an Vereine und Organisationen, die nur beim Nothaushalt zur Disposition stehen. Alternative Finanzierungsmodelle würde die CDU-Fraktion mittragen.

3. **Synergien durch Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen nutzen.**

   Mit dem Haushaltssicherungskonzept wird verstärkt die Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen auf den verschiedensten Feldern im Interesse von Synergien zu forcieren sein.

4. Projektierte Baumaßnahmen mit Fördergeldern.

Der Bahnhofsdurchstich von der Stehfenstraße sowie die Schaffung einer Park- & Ride-Anlage sind nicht endgültig gestorben. Es wird daran festgehalten, ihre Umsetzung jedoch zeitlich verschoben. Der Durchstich wird als ein Weg der Drei-Achsen-Lösung sowie als wesentlichen Beitrag der Wirtschaftsförderung und der Entwicklung der Bahn- und Industriebrachen angesehen.

5. Straßenbaumaßnahmen

Die Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens für die Ostumgehung steht bevor. An der Realisierung und ihrer Dringlichkeit wird im Interesse der Entlastung der Holzwickeder Bürgerinnen und Bürger sowie aller darauf konzeptionell und zeitlich ausgerichteter Maßnahmen festgehalten.

Holzwickede wird keine Zukunft haben, wenn nicht Investitionen in die Lebensadern erfolgen, wir müssen in die Menschen investieren, Menschen schützen und das Gemeinschaftsleben fördern. Mit der Umgehungsstraße soll diesem Ziel gedient werden. Der Bürger soll davon profitieren, ihm soll der Lärm genommen und Verkehr vor der Haustür entzogen werden. Jahrzehnte wird um die Verwirklichung gekämpft. Die rot-grüne Minderheitsregierung des Landes NRW hat jetzt die Notwendigkeit dieser Straße erkannt und sie in den Straßenbaubedarfsplan mit vorderer Priorität aufgenommen. Gleichwohl erfährt die Planfeststellung jetzt wieder ein Hemmnis für ein weiteres Jahr, weil besonders schutzwürdige Lurche, Reptilien und sonstiges Kriechgetier von der Baumaßnahme betroffen sein könnten. Das Schutzbedürfnis der Kreatur Mensch wird hinter das Bedürfnis des Reptils gestellt, das ist unverständlich.

6. Umwelt

Dem Ziel der Reduzierung von Strom- und Heizkosten mit den im Haushaltssicherungskonzept angedachten Maßnahmen wird gefolgt.

Einsparung von Energiekosten

Durch Veränderung des Nutzerverhaltens (im Rathaus und in Schulen) in Zusammenarbeit mit dem Energiebeauftragten.

Papiercontainer

Die Aussagen der CDU-Fraktion zu den Standorten der Papiersammelcontainer sowie der Kostenfreiheit für blaue Tonnen bleiben bestehen.

Herbstlaub

Die CDU-Fraktion erneuert ihre Forderung nach kostenloser Abgabe jahreszeitbedingten Laubanfalls von öffentlichen Bäumen zu bestimmten Terminen an zentralen und dezentralen Sammelstellen.

7. Grundstücke

Die Vermarktung der Grundstücke im „ECO-Port“, auf der „Caroline“ und auf der „Bredde“ ist unverändert fortzuführen. Günstiges Bauland können Familien auf der Caroline erwerben.

8. Weitere Bebauung unter dem Aspekt der Familienansiedlung

In diesem Jahr ist zu verschiedensten Themen erkannt worden, dass der demographische Wandel mit folgewirksamem Geburtenrückgang Holzwickede erreicht. Dies hat Auswirkungen auf die gesamte Infrastruktur, besonders jetzt spürbar im Schulwesen. Die Politik der Holzwickeder CDU-Fraktion zielte immer darauf ab, familienfreundlich zu sein, um die Ansiedlung von Familien mit Kindern zu fördern. Holzwickede als liebens- und lebenswert mit bestem Standort und Schulsystem darzustellen reicht offensichtlich nicht aus. Deshalb hatte die CDU-Fraktion zum Haushalt 2007 mit dem vorgelegten Positionspapier zur Emscherkaserne vom 20.11.2006 beantragt, das Kasernengelände an der Margarethenstraße in Bauland für ansiedlungswillige junge Familien umzuwandeln. Dabei sollten als Anreiz Grundstücke preiswerter vergeben werden. Gemeinsam hat der Rat dieses Projekt zurückgestellt bis das Neubaugebiet „Caroline“ und auf der „Bredde“ besiedelt sind, um nicht in Eigenkonkurrenz zu treten.

Deshalb fordert die CDU-Fraktion, ab 2012 das Kasernengelände an der Margarethenstraße der Bebauung für ansiedlungswillige Familien zuzuführen. Bauland für Familien mit Kindern ist preiswerter zu verkaufen, die Gemeinde leistet einen Zuschuss an den Eigentümer des Landes, die Bundesimmobilienagentur (BIMA). Im Übrigen wird auf unseren Antrag vom 14.02.2007 zum Haushalt 2007 verwiesen. Danach sollte der südliche

Teil des Geländes, auf dem sich der Sportplatz, die Turnhalle und das Casino befinden, als Freizeiteinrichtungen für Familien erhalten bleiben und ein Spielplatz angelegt werden. Auf die daraus resultierende verkehrliche Entwicklung ist zu reagieren.

9. Friedhofserweiterungsfläche

Die vor Jahren angedachte Friedhofserweiterungsfläche wird auf lange Sicht gesehen nicht benötigt. Die Gemeinde kann sich deshalb von diesem Grund trennen. Dem Verkauf von 7.150 qm entsprechend des Haushaltssicherungskonzeptes in 2014 in Höhe von 1.260.000 € abzgl. 300.000 € Erschließungskosten wird zugestimmt.

Die CDU-Fraktion trägt die Vermarktung dieser Fläche zur Mehrung der Gemeindeeinnahmen mit.

10. Grundstücksverkauf Steinbruchstraße 36

an Wasserversorgung wird zugestimmt.

11. Grundstücksverkauf an der Massener Straße

wird zugestimmt.

12. Grundstücksverkauf Kantstraße neben Bolzplatz

in 2014 wird zugestimmt. Der Verkauf erbringt einen Erlös in Höhe von 233.970 € minus Bilanzwert.

13. Grundstücksverkauf Essener Weg

in 2014 wird zugestimmt. Der Verkauf erbringt einen Erlös in Höhe des Bilanzwertes und führt zur Erhöhung der liquiden Mittel.

14. Grundstücksverkauf Schubertstraße

in 2014 wird zugestimmt. Der ursprünglich als Spielplatz vorgesehene Streifen wird hierfür nicht mehr genutzt. Dieses Gelände ist zur Wohn-

bebauung nicht geeignet, jedoch für die Herstellung von PKW-Stellplätzen oder Garagen und würde eine Einnahme in Höhe von 84.240 € minus Bilanzwert gleich 30.000 € netto erzielen. Die Parksituation würde in diesem Bereich deutlich verbessert.

15. Kinderspielplätze

Kinderspielplätze, die wegen rückgehender Kinderzahl nicht mehr genutzt werden, dürfen nicht aufgegeben werden. Wir wollen ja gerade für ansiedelnde Familien diese Plätze vorhalten. Das schließt nicht aus, dass aufgrund der Erschließung neuer Baugebiete neue Kinderspielplätze angelegt werden müssen und Verlagerungen von alten auf neue Plätze erfolgen.

In der Gemeinde gibt es Flächen, die nicht mehr als solche benötigt werden, für die sie errichtet wurden. Der Umwandlung in Bauland aus Gründen der Haushaltskonsolidierung wird zugestimmt. Dies gilt jedoch nur für solche Flächen, die sich als Bauland eignen und erschließen lassen.

Zur Disposition sind im Haushaltssicherungskonzept von der Verwaltung für 2014 die Spielplätze an der Böckmannstraße, Buchholzstraße, Kiefernweg und Nelkenweg vorgeschlagen. Der Spielplatz am Nelkenweg ist für eine Bebauung ungeeignet und wird deshalb für den Verkauf abgelehnt. Im dortigen Bereich ist er für Kinder sinnvoll und nötig. Die Aufgabe der anderen Spielplätze setzt voraus, dass in unmittelbarer Nähe alternative bessere Spielplätze bereit stehen bzw. errichtet werden können. So würden sich Spielplätze zwischen den UKBS-Häusern an der Buchholzstraße anbieten.

Die Umwandlung in Bauland ist nach dem Haushaltssicherungskonzept für 2014 vorgesehen. Die dort angesetzten Mittel würden zur Einnahmeverbesserung zum Ende des Konsolidierungszeitraumes führen. Entsprechend ist der Haushaltssicherungskonzept-Ansatz zunächst als Platzhalter zu verstehen und bedarf keiner Umsetzung, wenn das Haushaltssicherungsziel bereits vorher oder auf andere Weise erreicht wird. Die CDU-Fraktion sieht dies als *ultima ratio* an. Nur unter der Bedingung, dass Kindern kein Spielplatz in ihrem Umfeld genommen wird, ergeht unsere Zustimmung.

16. Festplatz

Der Einnahmemehrung durch verstärkte Nutzung des Festplatzes für Märkte wird zugestimmt.

Wie in vergangenen Jahren würde aber die CDU-Fraktion ihre Zustimmung zur Festplatzbebauung versagen. Baukörper in den Dimensionen vorhandener Bebauung kann das Quartier nicht verkraften.

17. Forensik

Holzwickede nimmt im kommunalen Geschehen die Funktion einer kleinen Gemeinde wahr. Deshalb scheiden jegliche Überlegungen der Ansiedlung überregionaler Einrichtungen aus. Hier sind Großkommunen gefordert, die Mittel- oder Oberfunktion haben.

18. Personalkostenentwicklungskonzept

Der GPA-Bericht 2007 hatte ein neues Personalkonzept empfohlen. Dieses sollte im Laufe des Jahres 2010 erstellt werden. Das Personalkostenentwicklungskonzept ist entsprechend der Verfügung des Kreises Unna anlässlich der Genehmigung des Haushaltes 2011 pflichtiger Bestandteil des Haushaltssicherungskonzeptes. Dieses wird erstmals mit der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für 2012 vorgelegt und führt zu einem Einsparpotential in Höhe von 449.250 € bis 2014. Diesem Konzept mit den dafür vorgesehenen Maßnahmen wird zugestimmt, zumal darin uralte Forderungen der CDU-Fraktion zur Privatisierung von Aufgaben (Reinigungsdienste) enthalten sind. Soweit Überlegungen angestellt werden, nach Ausscheiden von Mitarbeitern die Aufgaben von Personal mit niedrigerer Vergütung zu erledigen, wird angemahnt, dass derartige Umsetzung ab sofort erfolgen könnte. Der Vergütung geht nämlich eine Bewertung der Aufgabe (Stelle) voran, die dann zur Eingruppierung des Stelleninhabers führt und nicht umgekehrt. Die individuelle Leistung des Stelleninhabers soll unberührt bleiben.

19. Fünf-Sterne-Rathaus

Die knappen Kassen fordern uns zu einer Kreativität ohne Verwendung von Mitteln heraus. Dies ist möglich, wenn wir uns auf das „WIE“ statt auf das „WAS“ verständigen. Die Verwaltung ist Dienstleister für die Bürger. Es zählt nicht allein, dass die Leistung erbracht wird, sondern wie dies beim Bürger ankommt, wie einfach er die Leistung in Anspruch nehmen kann und dass Menschen für ihn tätig werden. Sachverhalte nach Paragraphen abzugleichen ist eine Sache, bürgerfreundlich zu handeln eine andere. Ein „Fünf-Sterne-Hotel“ bekommt zwei Sterne nur für den Service.

Wir wünschen uns ein „Fünf-Sterne-Rathaus“, das drei Sterne nur für den Service verdient. Und all dieses kostet nicht einen Euro.

Bereits mit ihrer Stellungnahme zum Haushaltsplan 2009 hat die CDU-Fraktion ihren Antrag vom 25.02.2008 zum Bürgerservice in Erinnerung gerufen. Hierbei geht es um bürgerfreundliche Verbesserungen der Servicedienste, die kostenlos sind. Sie lassen sich sofort und einfach umsetzen, wenn alle Mitarbeiter sich als wirkliche Dienstleister für den Bürger verstehen. Wer nicht an diesem Ziel mitarbeitet, hat bürgernahe Verwaltung nicht verstanden. Der Bürgermeister ist aufgefordert, sich nicht nur als Repräsentant der Bürger zu verstehen, sondern als deren Anwalt. Vier Jahre haben Bürgermeister und Verwaltung diesen Antrag trotz Anmahnung mit den Haushalten 2010 und 2011 ignoriert, gute Dienstleistung ist jetzt nötiger denn je.

20. Flughafen

Der Dortmunder Rat hat die Verlängerung der Betriebszeiten mit verschobener Verspätungsreglung beschlossen, der Kreistag Unna, die Kreisstadt Unna wie auch die Gemeinde Holzwickede haben sich dagegen ausgesprochen.

Die CDU-Fraktion spricht sich weiterhin eindeutig im Interesse der Holzwickeder Bürger gegen eine Verlängerung der Start- und Landebahn, eine Erhöhung des Abfluggewichtes, die Ausweitung der Betriebszeiten sowie gegen den Nacht- und Frachtflug aus. Die heutige Regelung erlaubt größere Auslastung ohne die Lebensqualität der Holzwickeder Bürger zu beeinträchtigen und sie unzumutbarem Lärm auszusetzen.

21. Schullandschaft

Unter dem 20.07.2011 hat die CDU-Fraktion mit ihrem Positionspapier Stellung zur Entwicklung der Schullandschaft in Holzwickede bezogen. Der vom Schulplaner Dr. Rösner vorgeschlagenen Gemeinschaftsschule mit horizontaler Trennung und Beschulung in Holzwickede und Unna-Massen wurde eine Absage erteilt. CDU, SPD und Grüne haben sich auf Landesebene für die Errichtung von Sekundarschulen ausgesprochen. Wegen zu geringer Schülerzahlen hätte die Bezirksregierung offensichtlich Bedenken gegen eine Errichtung in Holzwickede. Deshalb schlägt der Planer Dr. Rösner wieder eine Sekundarschule gemeinsam mit Unna-Massen vor, und wie bei seinem Vorschlag zur Gemeinschaftsschule mit horizontaler Trennung nach zu beschulenden Jahrgängen. Die CDU-

Fraktion erteilt einem solchen Modell eine ganz klare Absage. Wenn eine Veränderung der Schullandschaft in Holzwickede vorgenommen wird, dann nur mit dem ganz klaren Ziel, dass die Realschüler statt in Massen in Holzwickede beschult werden können. Eine Neuverteilung der Holzwickeder Fahrschüler kommt nicht in Frage. Ohne Not ist in dieser Richtung keine Veränderung vorzunehmen. Es ist weiter dafür zu kämpfen, dass die nötige Schülerzahl (75 pro Jahrgang) nicht ausschließlich aus Holzwickede kommen muss.

Bei den Grundschulen zeichnet sich aufgrund der rückläufigen Geburten ein Schülerrückgang ab. Der CDU-Fraktion ist am Erhalt aller vier Grundschulen in Holzwickede gelegen. Die Anmeldezahlen der Schüler durch die Eltern führen dann letztlich zu der Frage des Bestandes einer Schule. Es wäre der CDU-Fraktion sehr daran gelegen, dass es zu einvernehmlichen Lösungen kommt. Für den Bestand der konfessionellen Schulen setzt sich die christliche Partei Holzwickedes ein.

Wir wünschen und möchten alles unternehmen, dass sich die Frage der Schließung einer Grundschule erst gar nicht stellt.

22. CDU-Fraktion fordert Förderung von Familien mit Kindern Holzwickede ist eine familienfreundliche Gemeinde Begrüßungsgeld für Kinder

Vor dem Hintergrund des drohenden Rückganges der Geburtenzahl ist es unbedingt geboten, Maßnahmen zu ergreifen, die dem entgegen wirken. Die Volkswirtschaft bezeichnet derartige Maßnahmen als antizyklisches Verhalten. Wir müssen jetzt in die junge Familie investieren. Die Gemeinde muss sich diese Investition etwas kosten lassen. Jeder in die Familie investierte Euro ist besser angelegt als Aufwendungen für die Schließung von Kinderspielplätzen und Schulen. Wir brauchen uns keine Gedanken über Energiesparprogramme in Schulen oder Erhalt von Kaufkraft im Ort mehr machen, wenn die Einwohnerzahl schrumpft und die Einrichtungen geschlossen werden. Inzwischen hat Holzwickede mehr Seniorenpflegeeinrichtungen (und das ist gut so) als Grundschulen. Dies ist kennzeichnend für die demographische Struktur unseres Ortes. Es ist 5 vor 12 hier zu handeln und noch junge Familien nach Holzwickede zu ziehen. Gelingt dies nicht, hat dies Auswirkungen auf alles Geschehen in Holzwickede.

Dies kann aber nur eine Maßnahme im Rahmen einer konzertierten Aktion sein. Deshalb wird sich die Gemeinde Holzwickede überlegen müssen, ob sie nicht ab sofort für jedes neugeborene Kind ein „Begrüßungsgeld im

lieben Holzwickede“ zahlt. Für unsere Brüder und Schwestern im Osten war das vor 20 Jahren selbstverständlich und es uns wert.

23. Weiteres Haushaltsdefizit

Soweit aufgrund der politischen Haltung der CDU-Fraktion auf Einnahmen wegen Spielplatzverkaufs verzichtet werden muss sowie Mehrausgaben für Familien entstehen, ist der Ausgleich durch Verkauf weiterer Grundstücksflächen zu kompensieren. Außerdem sollten weitere Überlegungen angestellt werden, Immobilien der Gemeinde an die Wasserversorgung zu verkaufen. Dazu zählt auch die Überlegung, ob nicht das Bauhofgelände der Wasserversorgung übereignet werden könnte. Auch alle Regenrückhaltebecken, Abwasseranlagen und Pumpstationen, ggf. sogar Flächen des renaturierten Emscherverlaufs ließen sich verkaufen. Denn die Wasserversorgung könnte als eigenbetriebsähnliche Einrichtung ohne Belastung des gemeindlichen Haushaltes und somit ohne Begrenzung der Kreditlinie der Gemeinde durch die Haushaltssicherung den Erwerb finanzieren. Nachbarkommunen praktizieren dies.

Wir wünschen, dass es uns gelingt, mit dem vorliegenden Haushalt alle dringend notwendigen Maßnahmen im Interesse der Bürger umzusetzen, die Einflussnahme der kommunalen Selbstverwaltung auf das Finanzgeschehen in der Gemeinde zu erhalten und mit der Haushaltssicherung den Haushaltsausgleich zu erreichen. Wir wollen, dass mit Ablauf der Kommunalwahlperiode der Haushalt wieder auf gesunden Beinen steht und der uns folgende Gemeinderat wieder ähnlich flexibel handeln kann, wie wir bislang.

Alle in der vorstehenden Stellungnahme der CDU-Fraktion zum Haushalt 2012 aufgestellten Forderungen werden zu Anträgen erhoben.

Die Stellungnahme wird unter www.cdu-holzwickede.de ins Internet gestellt.

Holzwickede, den 06.11.2011

Rolf Kersting
Fraktionsvorsitzender